

Brandenburgs Justizministerin Beate Blechinger (CDU) wird von Grundstückskäufern ihrer Familie nach der Wende eingeholt. Wieder einmal steht der Umgang mit Immobilien im Raum – und die Frage, was 1990 im Randberliner Gebiet rechtens und üblich war.

VON ULRICH THRESSIN

Potsdam (MOZ) Kann man die Zeit um 1990 erklären? Der Umbruch war vor allem im Berliner Speckgürtel mit Eigentumsfragen verknüpft: Ansprüche von Alteigentümern, Häuser, die auf Grundstücken errichtet worden waren, die anderen gehörten, Grundbücher mit Lücken, die bis in die Nazi-Zeit hineinreichen. Und natürlich war da neben der Unsicherheit auch die Euphorie, die Goldgräberzeit – alles nebeneinander und miteinander verknüpft.

Die großen Romane über die Zeit des Umbruchs sind noch nicht geschrieben. Der Strausberger Raum wäre ein interessanter Handlungsort. In Fredersdorf beschloss die Gemeindevertretung 1990, das Gemeindeland schnell an die Einheimischen zu veräußern. Dass demnächst eine Welle von Kaufinteressenten ins Berliner Umland strömen würde, war klar. Der Preis würde steigen. Also schnell ein

Schnäppchenpaket für die Einheimischen geschnürt.

Die ersten Grundstücke gingen Anfang 1990 noch für zwei, drei DDR-Mark pro Quadratmeter weg. Im Herbst dann wurde beschlossen, zehn D-Mark für gute Lagen zu verlangen. Gekauft haben vor allem die Gemeindevertreter. Das machte den Fall Fredersdorf schnell problematisch. Das Innenministerium wurde als Kommunalaufsichtsbehörde eingeschaltet und fand nichts Beanstandenswertes.

So ist es überall im Speckgürtel gelaufen, heißt es heute beschwichtigend. Gemeindeland wurde schnell verkauft und dann zu Bauland umgewidmet.

**Land kostete
zuerst zwei, drei
DDR-Mark
pro Quadratmeter**

Im Zweifelsfall von denen, die den Verkauf zu Sonderkonditionen zuvor abgesegnet hatten und selbst von der Wertsteigerung profitierten. Nicht nur in Fredersdorf gibt es seit 15 Jahren böses Blut zwischen denen, die damals clever waren und das nötige Geld besaßen und denen, die die Chance nicht hatten, zu spät kamen oder wenige Jahre später einen ganz anderen Preis berappen mussten.

Unter den Käufern in Fredersdorf befand sich auch das Gemeinderatsmitglied Karl-Heinz Blechinger, damals Ehemann der jetzigen Justizministerin. 400 Quadratmeter kaufte er für 4000 D-Mark (2045,16 Euro).

1991 kaufte die Tochter des Ehepaars 900 Quadratmeter für knapp fünf D-Mark (rund 2,50 Euro) pro Quadratmeter.

Karl-Heinz Blechinger wollte auf seinem Grundstück ein Geschäftshaus errichten. Seine Firma ist dort heute noch ansässig. Dazu nahm er 1993 eine Hypothek auf. Diese bezog sich auf das Wohnhaus der Blechingers sowie auf das neue Grundstück und belief sich auf 300 000 D-Mark (153 387,56 Euro).

Auch Beate Blechinger unterschrieb die Eintragung der entsprechenden Grundschuld. Alles ganz normal, findet sie. Aber da sie seit 1990 in der Politik ist, wurden die Grundstückskäufe ihrer Familie eben mit anderen Maßstäben bewertet als die der Nachbarn und Freunde. Die CDU-Politikerin machte schnell Karriere in der Landtagsfraktion und antwortete, als 1993 die ersten Berichte über verbilligte Grundstücke in Fredersdorf die Runde machten, mit dem Hinweis, dass sie nicht am Geschäft ihres Mannes beteiligt war und keine Unterschrift tätigte.

Dann 1994 verschwand sie nach innerparteilichen Auseinandersetzungen in der politischen Versenkung. 1999 dann das Comeback der ehemaligen Lehrerin. Sie kam wieder in den Landtag und wurde Fraktionschefin, als sich die CDU an der Landesregierung beteiligte. Kurz darauf wurde wieder „der Fall Fredersdorf“ diskutiert und Blechinger erklärte, dass sie

sich von ihrem Mann getrennt habe und nie etwas unterschrieben habe.

Am Wochenende präsentierte der „Spiegel“ nun die Unterschrift unter der Eintragung der Grundschuld. Die Justizministerin hat öffentlich die Unwahrheit gesagt – dieser Vorwurf stand im Raum, und die Betroffene tat das, was sie meist in schwierigen Situationen tut: schweigen. Gestern Abend dann versuchte sie zu erklären, dass sie mit ihrer Aussage nur die Grundstückskäufe gemeint habe und nicht die Eintragung der Grundschuld. Außerdem sei der Eindruck falsch, sie sei zu irgendeiner Zeit Mit-eigentümerin des 400-Quadratmeter-Grundstückes gewesen.

Den Kauf selber verteidigt sie. Ein Gewerbetreibender habe sich nach den Schwierigkeiten zu DDR-Zeiten selbstständig machen wollen und eine Fläche dazu benötigt. Die 59-Jährige wirkt etwas ratlos, wie sie die Wendezeit und die Situation in Fredersdorf erklären soll.

Heute wird das Ganze zum Teil mit anderen Augen gesehen. Die Wertsteigerung des Grundstücks bewerten einige führende Christdemokraten als „moralisch bedenklich“. Schließlich sei das Eigentum der Gemeinde verschleudert worden. Und Beate Blechinger habe immerhin indirekt davon profitiert.

Zum Politikum wird das Ganze, da in der Strausberger Region immer noch um Grundstücke gefochten wird. Einige Alteigentümer sehen sich von Seilschaften um ihre Besitztümer gebracht. Mit Tricks seien Restitutionsansprüche hintergangen und Flächen schnell noch zu Spottpreisen verkauft worden, so einer der Vorwürfe.

Der ehemalige Landrat von Bad Freienwalde, Friedhelm Zapf, der Mitte der 90er auf Ungereimtheiten in der Stadt Strausberg stieß und später sein Amt als Beigeordneter verlor, fühlt sich deswegen geschasst.

Was hat das alles mit Beate Blechinger zu tun? Sie ist Justizministerin des Landes. In mehreren Instanzen ostbrandenburgischer Gerichte sind mehr als ein Dutzend Grundstücksfragen aus

**In der Region
ist ein Dutzend
ähnlicher
Verfahren anhängig**

der Region anhängig. Die Ministerin verweist darauf, dass sie keinen Einfluss auf Gerichte nehmen kann.

Nun deuten sich Rücktrittsforderungen an. Die SPD hat gestern schon mal vorsichtig formuliert, dass es Fragen an die Ministerin gibt, die beantwortet werden sollten. Auch in der CDU rücken die ersten von Beate Blechinger ab. Das ist nicht verwunderlich, hier könnte auch ein neues Kapitel im parteiinternen Machtkampf geschrieben werden.